

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erhalten tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1763. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 175.

Dresden, Donnerstag den 31. Juli 1913.

24. Jahrg.

Seute hat die Verhandlung gegen die von der Firma Krupp bestochenen Beamten und Offiziere begonnen.

Das Strafverfahren in der Kruppaffäre ist auch auf die gruppischen Direktoren ausgedehnt worden.

Die bulgarische Friedenskonferenz beschloß einen fünftägigen Waffenstillstand.

Die französische Kammer und der Senat haben das Budget für 1913 angenommen.

Die chinesischen Regierungstruppen bereiten eine große Schlacht in der Nähe von Saho vor.

Aber beide Steuererhöhungen sind widergesetzt und ihre Forderung wird zweifellos von diesen Steuerträgern verteidigt werden. Man darf neugierig sein, mit Hilfe welcher Rechtsverbrechungen das Verwaltungsgericht die Gesetzwidrigkeit der erhöhten Steuern rechtsverbindlich machen wird.

## Waffenstillstand.

Die Sitzung der Friedensdelegierten in Bukarest begann gestern nachmittag. Der rumänische Ministerpräsident Majorescu hieß die Erschienenen willkommen im Namen des Königs und des rumänischen Volkes. Der Vorschlag, daß Ministerpräsident Majorescu den dauernden Vorsitz der Konferenz übernehme, wurde durch Akklamation angenommen. Ministerpräsident Benjikoß erklärte, daß die Verbündeten dem Vorschlag einer Waffenruhe zustimmen. Die Sitzung wurde dann unterbrochen, um den militärischen Delegierten Zeit zu geben, das Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten zu redigieren. Nach Wiederaufnahme der Sitzung billigte die Konferenz das Protokoll über die fünftägige Waffenruhe.

Nach Depeschen aus Bukarest fand bei dem serbischen Ministerpräsidenten Pašić eine Besprechung statt, in der beschlossen wurde, die Bedingungen Griechenlands, Serbiens und Montenegros en bloc vorzulegen, um zu verhindern, daß Bulgarien einen Friedensschluß mit einzelnen versucht.

Die Mächte beraten wieder über die gegen die Türken möglichen Schritte. Die Tägliche Rundschau behauptet „gut informiert“: Es wird erwogen, die russische Regierung mit einem europäischen Mandat zu betrauen. Die russische Schwarze-See-Flotte ist möglicherweise ausserhalb, dem Willen Europas Achtung zu verschaffen. Lieber den Umfang des russischen Eingreifens wird emsig verhandelt. Die Mächte des Dreibundes wünschen, daß vorerst über eine Flottenumgebung nicht hinausgegangen werden soll, während Aukland und Frankreich die sofortige Anwendung schärferer Mittel fordern. Ein Eingreifen der Schiffe anderer Großmächte jetzt gegenwärtig nicht in Erwägung, ebenso ist von einem russischen Einmarsch in Armenien keine Rede mehr, da der Dreibund, unterstützt von England, von einem russischen Einmarsch in Kleinasien nichts wissen will. Allerdings verkennt auch Rumänien die Notwendigkeit nicht, daß Adrianopel den Bulgaren verbleiben muß, und hat auch in diesem Sinne seine Meinung in Konstantinopel ausgesprochen. Rumänien überläßt es aber den Großmächten, welche Mittel in Anwendung gebracht werden sollen, um die Türkei zur Preisgabe Adrianopels zu veranlassen. Ein vollständiges Aufheben der Londoner Botschafterkonferenzen ist, entgegen den Meinungen von anderer Seite, nicht geplant. Die Botschafterkonferenz soll nur solange unterbrochen werden, bis Ergebnisse der bulgarischen Verhandlungen vorliegen.

Trotz aller Mächteerhöhungen und Mächteabsichten denkt die Türkei nicht daran, Adrianopel aufzugeben. Unter Bei hat aus Adrianopel nach Konstantinopel telegraphiert, er werde sich weigern, mit seinen Truppen wieder aus Adrianopel abzuziehen, selbst wenn dadurch das Kabinett gestürzt werden sollte. Und so denkt auch die hohe Porte, die sich in Adrianopel bereits wieder mit festlichen Umzügen in Szene gesetzt hat.

## Türkisch-bulgarische Verhandlungen.

Wien, 30. Juli. Der südbalkanische Korrespondenz wird von besonderer Seite aus Konstantinopel gemeldet, daß das Scheitern einer Verständigung Bulgariens mit der Türkei auf gewisse griechische Zugeständnisse zurückzuführen ist. Zugleich sei aber nicht zu verkennen, daß die Bemühungen bezüglich einer Verständigung mit der Türkei fort. Sollte diese nicht gelingen, so werde Bulgarien nach raschem Friedensschluß in Bulgarest ein Ultimatum an die Türkei richten und entweder allein oder mit fremder Hilfe gegen die Türkei vorgehen.

## Die Einigung zwischen der Türkei und Griechenland.

Konstantinopel, 30. Juli. Die Einigung zwischen der Türkei und Griechenland ist vollzogen, das Protokoll unterzeichnet. Reichs Bei wurde zum türkischen Gesandten in Athen ernannt und reist heute dorthin ab.

## Vom Kriegsschauplatz.

Athen, 30. Juli. Aus dem Hauptquartier traf folgende Depesche des Generalsstabes ein: Nach den Kämpfen bei Elmitti, die überaus ernst und verlustreich für die Griechen waren, zog sich der Feind auf wohl vorbereitete und stark besetzte Positionen bei Dzumaja zurück. Unsere Truppen attackierten diese Stellungen der Bulgaren, die inzwischen bedeutende Verstärkungen erhalten hatten. Nach einer überaus heftigen Schlacht wurden die Bulgaren in die Flucht geschlagen. Ihre Verluste sind enorm. Einzelne Bataillone sind bis auf 30 Mann dezimiert. Auf ihrem Rückzug brachten die Bulgaren die Brücken über den Märtyrersbach ab. Sie entführten und festelten sämtliche Notabeln von Dzumaja, das sie in Brand gesetzt hatten. Die Bulgaren überschritten die alte bulgarische Grenze. Die griechische Armee ist im Bezirke, auf bulgarisches Gebiet einzubringen.

Wien, 30. Juli. Nach Meldungen aus Athen wird die griechische Armee die Operationen so lange fortsetzen, bis die griechischen Truppen auf albulgarischem Boden stehen. Allerdings sind die jetzigen Kämpfe bei Dzumaja für die Griechen nicht erfolgreich. Die Griechen hatten schwere Verluste und wurden von den Bulgaren zurückgeworfen.

## Eine serbische Meldung.

Wien, 30. Juli. Aus Belgrad wird gemeldet: Nach zuverlässigen Berichten sind die Kämpfe bei Dzumaja für die Griechen in den letzten drei Tagen nicht erfolgreich gewesen und kosteten schwere Opfer. Die Griechen wurden von harten bulgarischen Resolutionen an einzelnen Punkten zurückgeschlagen.

## Kämpfe und Greuel.

Sofia, 30. Juli. John Kuchowalachen, die aus Katiapatak im Bezirke Solanka hier eingetroffen sind, erzählen, daß die Serben 13 ihrer Gefährten getötet, 6000 Schafe, 600 Ziegen sowie 300 Pferde weggenommen hätten. Sie selbst hätten sich nur mit Hilfe bulgarischer Soldaten retten können.

Der Kommandant der 5. Armee berichtet, daß die serbischen Truppen in mehreren Tälern des bulgarischen Bezirkes große Grausamkeiten verübt hätten. Die bulgarischen Behörden sind im Besitze eines Briefes des Kommandeurs der serbischen Donaudivision, worin dieser seinen Truppen befiehlt, die eingeborene Bevölkerung erbarmungslos zu verfolgen.

Türkische Kavallerie erschien vorgestern in dem Dorfe Telewen im Bezirke Burgas und in den Dörfern Almat und Lobi im Bezirke Gostowo und gestern im Dorfe Sabbar im Bezirke Kafilanisch. Wegen einer türkischen Eskadron wurde viermal Gewehrfeuer eröffnet, wobei vier Soldaten verwundet wurden. Im Dorfe Kobotaliam erschienen Baskiboguz, die von der Miliz verjagt wurden.

## Zu den bulgarischen Meldungen.

Belgrad, 30. Juli. Das serbische Pressebureau ist zu der Erklärung ermächtigt, daß sämtliche Angaben des bulgarischen Generals Dimitriew über die gegenwärtige Kriegslage ihre Widerlegung finden, und daß die Annahme berechtigt sei, daß der bulgarische Generalführer sich veranlaßt gesehen habe, nur deshalb die unrichtige Darstellung zu geben, um den bulgarischen Friedensdelegierten in Bukarest täuschend zu sein.

## Die Not in Sofia.

Paris, 30. Juli. In einem aus Sofia hier eingetroffenen Briefe, der der Zensur entgangen ist, wird die Lage der bulgarischen Hauptstadt folgendermaßen geschildert: Sofia gleicht einem riesigen Hospital. 20 Kilometer von der Stadt entfernt sind die rumänischen Belagerungsgeschütze aufgestellt. Jeden Morgen fragt man sich mit Besorgnis, wie es heute noch Brot geben? Unterschiede zwischen reich und arm sind nicht mehr vorhanden. Es gibt nur noch gleich Gende, die das Ende des katastrophalen Zustandes herbeiwünschen. Alle Städte der Donaugegend sind verlassen und die Bauernbevölkerung hat sich nach Sofia geflüchtet, wo gegenwärtig trotz der Einberufung aller wehrfähigen Männer mehr als 200 000 Menschen zusammengedrängt sind. Die Hospitäler sind mit Verwundeten überfüllt. Es fehlt an Veräkten und Krankenwärtern, so daß in den Paraden die Kranken der Pflege und Pflege entbehren. Starke Patrouillen durchziehen die Straßen der Stadt, denn man befürchtet eine Empörung des Volkes. Bereits sind revolutionäre Ausschreitungen begangen worden. Vor den Wärdeläden brängen sich verhungerte Menschen, hilflos umher. Die Soldaten umgeben den königlichen Palast und bitten die Soldaten um Brot. Das Volk verlangt stürmisch den König zu sehen, um ihn um Frieden und Brot zu bitten. Die Lebensmittelpreise sind ungeheuer gestiegen. Einige der früheren Minister haben Sofia verlassen, um sich in die Provinzen zu entziehen. Panews Haus wird ständig durch starke Militärabteilungen bewacht.

## Das Anklagematerial in der Kruppaffäre.

Seit Beginn vor dem Kriegsgericht der Prozesse gegen die Angeklagten im Krupp-Prozess. Das Berliner Tageblatt war vor einigen Tagen in der Lage, eingehende Angaben über das Anklagematerial machen zu können, die wir hier folgen lassen:

Am 17. Oktober vorigen Jahres übermittelte der Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht dem damaligen Kriegsminister v. Heering die Abschriften von 17 „Kornwallen“, in denen wichtige geheime militärische Dinge enthalten waren. Als „Kornwallen“ wurden die Geheimberichte, die von der Berliner Filiale der Firma Krupp an das Hauptbureau nach Essen geschickt wurden, bezeichnet. Diese „Kornwallen“ waren mit Schreibmaschine hergestellt, wurden nicht unterzeichnet und gingen auch nicht mit der gewöhnlichen Briefpost nach Essen, sondern sie wurden in einem besonderen Umschlag an eine einseitige Stelle dirigiert. Die Persönlichkeit, die diese Berichte zuerst in die Hand bekam, war ein Herr v. Dewitz. Er besaß eine Anzahl von Stempeln mit den Namen der Direktoren und setzte auf jeden Geheimbericht den Namen desjenigen Direktors, für den der Inhalt nach seiner Meinung Interesse hatte. Demnach machten die Berichte die Runde und wurden schließlich, in einem Geheimschrank aufbewahrt. Häufiglich einmal sollten die vorliegenden Berichte vernichtet werden. Auf die Mitteilung des Abgeordneten Liebknecht hin beauftragte der Kriegsminister die politische Polizei mit den Ermittlungen. Kommissar Koch, der bei der politischen Polizei vorsteht, ließ das Haus Wallstraße 18, in dem sich das Berliner Bureau der Firma Krupp befindet, beobachten, und bald waren zwanzig verdächtige Personen ermittelt. Unter ihnen befanden sich eine französische Sprachlehrerin und auch der Direktor eines Unternehmens des Herrn Hohenlohe-Kongerns. Das Ergebnis der Ermittlungen wurde dem Kriegsminister unterbreitet, und es fand dann noch

## Der böhmische Verfassungsbruch.

Von unserem Korrespondenten.

th. Wien, 30. Juli.

Das Kronland Böhmen, das glorieuse Königreich Böhmen, wie es die Tschechen nennen, ist nun aller Embleme seiner Selbstständigkeit beraubt. Der Landtag ist aufgelöst und wird erst wieder neu gewählt werden „bei geeigneten Zeiten“, der Landesauschuß, die autonome Verwaltungsbehörde, ist zur Seite geschoben und alle Macht im Lande in die Hand einer Kommission untergeordneter Beamten gelegt. Wenn man erwägt, daß vor vierzig Jahren die Tschechen nicht ohne Grund hoffen durften, die Krönung des Kaisers im böhmischen Königstum zu erwirken, daß damals der Landtag die Rechtsabwägung des Ausgleichs zwischen Oesterreich und Ungarn vor seinen Mitgliedern sah und das sogenannte böhmische Staatsrecht gegen das österreichische Staatsrecht als einzige Rechtsgrundlage verfochten wurde, während jetzt dieser Landtag mit einem Federstrich verschwindet und einigen Beamten Platz macht, so kann man erweisen, welche tiefen Sturz die tschechisch-autonomistische Politik erlitten hat. Allerdings kommt bei dieser Maßregel der Zweck nicht besser davon als die Tschechen und ihr sogenanntes Königreich.

Ein kaiserliches Handschreiben hat die gesetzliche Ordnung in Böhmen abgeschafft und den Verfassungsbruch in Kraft gesetzt. Es beruht sich einschneidend auf den Stillstand der autonomen Verwaltung und auf die Not des Landes. Die Regierung aber hat eine eigene Rechtsfertigungsschrift herausgegeben, in der der Notstand Böhmens geschildert wird, den wir kürzlich hier dargelegt haben, zugleich aber zugegeben wird, daß die getroffenen Maßnahmen nicht innerhalb, sondern neben der Landesverfassung verlaufen. Es sei aber Rotrecht, das aus dem Notstand erwachsen sei, und die Regierung werde sich bemühen, durch die Herstellung eines Ausgleichs zwischen Deutschen und Tschechen und die Reform des Landtagswahlrechts die Grundlagen für eine neue verfassungsmäßige Zustände in Böhmen zu schaffen. Auch diese Rechtsfertigung trifft daneben. Denn die Mitschuld dieser und dergleichen Regierungen ist außerordentlich groß und nicht zu leugnen. Wiederholt, wenn die Ausgleichsverhandlungen zwischen den Deutschen und Tschechen schon nahe dem Weggange waren, hat sie gerade die blump eingreifende Hand der Regierung wieder geführt. Es ist eben die österreichische Unfähigkeit, die schließlich überall den Verfassungsbruch als letzten Ausweg betreten muß. Wer könnte die Zahl der Verfassungsbrüche und Gesetzesverletzungen, die allein in den letzten fünf Jahren in Oesterreich und in Ungarn begangen wurden, auch nur aufzählen!

Die deutsch- und tschechisch-bürgerlichen Parteien in Böhmen sind ziemlich aufgeregt. Die Tschechen protestieren, weil durch den Verfassungsbruch der Obstruktion recht gegeben worden sei, die Deutschen sind entsetzt, weil sich unter den sieben Mitgliedern der Kommission nur drei Deutsche befinden, denen überdies die belanglosesten Referate anvertraut wurden. Noch weiß man nicht, wie echt diese Entstellung ist, und ob sie in ihren Fortwirkungen sich nicht auch im Reichsrate zeigen wird, etwa als deutsche oder als tschechische Obstruktion. Befragt muß aber werden, daß sowohl Deutsche als Tschechen mitschuldig sind. Die Tschechen, weil sie die Vormacht im Lande rückwärts und ohne Mühezeit ausgedehnt haben, die Deutschen, weil sie engstirnig und reaktionär genug waren, den eigenen Volksgenossen, den deutschen Arbeitern, den Zutritt zum Landtage zu verweigern, so die eigene Kraft lähmend, da sie nun nicht Vertreter der Interessen des deutschen Volkes, sondern nur seiner rechtlich bevorzugten bürgerlichen Schichten sind.

Uebrigens ergibt sich aus den Verordnungen ein seltsam widerspruchsvoller Zustand. Da der Landesauschuß unauflösbar ist, da von seinen Mitgliedern nur die Feudalen zurückgehalten sind, die Deutschbürgerlicher und Tschechischbürgerlicher aber zusammen eine beschlußfähige Anzahl darstellen, so besteht eigentlich der Landesauschuß noch immer zu Recht und niemand kann ihn hindern, neben der Kommission zu wahlen und Verfügungen zu treffen, wie sie das Gesetz ihm gewährt. Andererseits hat die Regierung sowohl die Landesumlagen als die Bierauslage bedeutend erhöht, um dem Bankrott Böhmens abzuhelfen.